

## **A3\_ Gegen die Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland**

Antragsteller: ver.di Stuttgart

Empfehlung der ABK: Annahme in geänderter Fassung

*Die Delegiertenkonferenz möge beschließen:*

Der DGB lehnt die geplante Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland ab.

Wir fordern den Bundesvorstand auf, sich eindeutig und öffentlich vernehmbar dagegen auszusprechen.

### **Begründung:**

Wie schon die Stationierung von Cruise Missiles und Pershing II in den 1980er Jahren würde auch die ab 2026 geplante Stationierung extrem destabilisierend wirken und unser Land zu einem vorrangigen Angriffsziel machen. Die geplanten Waffen können als Erstschlagswaffen verwendet werden und damit Präventivschläge provozieren.

**Die Stationierung landgestützter Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von knapp 3.000 km hat das Potential, von Deutschland aus Ziele von strategischer Bedeutung in der Tiefe Russlands nach kurzer, verdeckter Vorbereitung anzugreifen.**

Gegenüber see- und luftgestützten Systemen, die es bisher schon gibt, sind die verbleibenden Warnzeiten erheblich reduziert. Die Stationierung verändert somit das strategische Gleichgewicht zwischen den USA und Russland. Die Bedrohung vitaler Sicherheitsinteressen Moskaus allein als eine Reaktion auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine zu rechtfertigen, greift angesichts der schwerwiegenden Folgen zu kurz. Denn eine Ausweitung des Konflikts auf ganz Europa und eine Gefährdung der strategischen nuklearen Stabilität muss verhindert werden. Im Übrigen haben die USA bereit 2019, also Jahre vor dem Überfall Russlands auf die Ukraine, den sog. INF-Vertrag aus dem Jahr 1987 gekündigt, der Besitz, Bau, Test oder Stationierung landgestützter Kurz- und Mittelstreckensysteme mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.500 km Verbot. Die USA begannen umgehend mit der Produktion solcher bisher verbotener Waffensysteme.

Statt weiter an der Rüstungsspirale zu drehen, wäre es notwendig, wieder zu einer Politik von Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen und einer neuen Entspannungspolitik zurück-zukehren. Gerade angesichts des Ukraine-Kriegs wäre das umso wichtiger.

## **A4\_Gegen das 5 %-Ziel der NATO**

Antragsteller: ver.di Stuttgart

Empfehlung der ABK: Annahme in geänderter Fassung

*Die Delegiertenkonferenz möge beschließen:*

Der DGB lehnt das Ziel der NATO ab, die Rüstungsausgaben im Verhältnis zum BIP in den kommenden Jahren auf 5 % zu erhöhen. Er wendet sich öffentlichkeitswirksam dagegen und beteiligt sich an Aktivitäten der Friedensbewegung gegen dieses Ziel.

### **Begründung:**

Kaum ist das 2 %-Ziel erreicht worden, dem der DGB laut Beschlusslage „kritisch gegenübersteht“, wird das Ziel erneut hochgeschraubt. Die NATO-Zielvorgabe ist sachlich unbegründet und willkürlich. Diese vor allem auf Druck der USA festgelegte Zielgröße bedeutet zusätzliche Rüstungsausgaben in fast unvorstellbarer Höhe. Sie würde knapp der Hälfte des gesamten Bundeshaushalts entsprechen und damit Mittel blockieren, die dringend benötigt werden für Soziales, Bildung und Gesundheit. Damit werden aber auch Mittel umgeleitet, die wir für eine sozialökologische Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft brauchen. Gleichzeitig wird damit auch weiter an der Rüstungsspirale geschraubt, anstatt alle Kraft auf Diplomatie, Verhandlungen, Rüstungskontrolle und Abrüstung zu konzentrieren.

## **A6\_Gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht**

Antragsteller: ver.di Stuttgart  
Empfehlung der ABK: Annahme

*Die Delegiertenkonferenz möge beschließen:*

Der DGB-Stadtverband Stuttgart möge sich gegen eine Wiedereinführung der Wehrpflicht öffentlich wahrnehmbar aussprechen.

### **Begründung:**

Die Wiedereinsetzung der Wehrpflicht würde die Sicherheit Deutschlands nicht erhöhen, sondern nur das gegenseitige Bedrohungsszenario weiter verschärfen. Sie wäre ein weiterer Schritt bei der Militarisierung der Gesellschaft. Junge Menschen brauchen gute Bildungs- und Ausbildungsangebote anstelle eines militärischen Zwangsdienstes.